

29.09.2023

## Kleine Anfrage 2705

der Abgeordneten Enxhi Seli-Zacharias AfD

**Ernüchterndes Ergebnis einer Anfrage der WELT an die Landesregierung in Bezug auf neue Unterbringungseinrichtungen für Asylsuchende: Direkte Demokratie unerwünscht? Keine Meinung zum Wertverlust von Immobilien der Anwohner? Keine Datenerfassung zur Kriminalität im Umfeld der Einrichtungen?**

Wie aus einem Artikel der WELT am Sonntag hervorgeht, hat das für Flucht und Integration zuständige Ministerium auf zwei von der WELT aufgeworfene Aspekte im Zusammenhang mit neuen Unterbringungseinrichtungen nicht eingehen wollen. Dabei geht es zum einen um einen möglichen Wertverlust den Anwohner mit ihren Immobilien erleiden, zum anderen um einen befürchteten Anstieg der Kriminalität.<sup>1</sup>

Im Artikel heißt es, dass der Städte- und Gemeindebund eine Vielzahl an Sorgen beobachtet: „Das fängt an bei Angst vor Lärm, Müll und Kriminalität und endet bei Grünflächen und Umweltschutz. Natürlich spielt auch hinein, dass der Wert der eigenen Immobilie beeinträchtigt werden könnte“.

Nach Aussagen der WELT ging das Ministerium auf diese konkreten Ängste jedoch nicht ein. Auf ihre Anfrage, welche Hauptsorgen die Anwohner umtrieben, antwortet das Ministerium es erst gar nicht.

Auch auf die Frage, ob das Ministerium Ängste vor dem Wertverlust von Immobilien zerstreuen könne, entgegnet es nur ausweichend, dass die Bewertung von Baugrund- und Immobilienpreisentwicklung nicht in den eigenen „Geschäftsbereich“ fielen.

Wie die WELT in ihrem Artikel weiter ausführt, gibt es hierzu nur punktuelle Studien, etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. „Und das ermittelte 2016 für Berlin und Dresden, Unterkünfte hätten zumindest „eine preisdämpfende Tendenz“ für umliegende Immobilien ausgelöst. Für Köln hatte der Haus- und Grundbesitzerverein schon 2014 festgestellt, „angrenzende Flüchtlingsunterkünfte“ führten „in aller Regel zu Wertverlusten“. Und die VR-Bank bestätigte 2016, „eine Wohnimmobilie in einem reinen Wohngebiet“ sei „schon anders zu bewerten“ als eine, in deren Nachbarschaft eine Asylunterkunft stehe.“

Auch auf die Sorge vor einem Anstieg der Kriminalität im Umfeld der Unterkünfte wollte das grüne Ministerium auf Anfrage offenbar nicht eingehen. Pikant ist die Tatsache, dass auch hierzu wohl umfassende Studien fehlen. „Was es gibt, sind Daten zu Straftaten in den Einrichtungen, nicht aber um diese herum.“

---

<sup>1</sup> Vgl. <https://www.welt.de/regionales/nrw/plus247649938/Zuwanderung-Das-allseits-akzeptierte-Fluechtlingsheim-eine-Illusion.html>

Irritierend ist zudem die ablehnende Haltung der regierungstragenden Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und CDU zum Thema „Direkte Demokratie“. So heißt es im Artikel:

„Die neue grüne Offenheit stößt allerdings an Grenzen. So lehnen es Grüne und CDU ab, Anwohner in Bürgerentscheiden darüber bestimmen zu lassen, ob in ihrer Umgebung eine Flüchtlingsunterkunft gebaut wird. Dies fordert die AfD. Doch in dieser Frage setzen auch Grüne ganz und gar nicht auf direkte Demokratie.“

Diese Aussage wirft die Frage auf, ob sich die Landesregierung in dieser Frage ähnlich positioniert.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Welche – ggf. sogar einklagbaren – Mitspracherechte, beispielsweise in Form von Bürgerentscheiden, sollten Anwohnern geplanter, neuer Unterbringungseinrichtungen nach Ansicht der Landesregierung zukünftig eingeräumt werden?
2. Wie kann die Landesregierung die Anwohner-Sorge entkräften, dass eine angrenzende Einrichtung für Asylbewerber den Wert ihrer Immobilie senkt?
3. In welcher Form plant die Landesregierung zukünftig Bürger zu entschädigen, wenn trotz aller Beteuerungen ihre Immobilie im Zuge der Errichtung einer Unterbringungseinrichtung von einem Wertverlust betroffen ist?
4. Inwiefern kann die Landesregierung die Sorge vor steigender Kriminalität durch eine Unterkunft in der Nähe überhaupt gesichert entkräften, wenn hierzu keine Daten erhoben werden und umfassende Studien fehlen?
5. In welcher Form plant die Landesregierung zukünftig die Kriminalität im Umfeld von Unterbringungseinrichtungen sowie mögliche Wertverluste von Immobilien der Anwohner besser zu erfassen?

Enxhi Seli-Zacharias